

Die Presse

## Wieviel Gift ist in unserem Obst und Gemüse? Bürokratie verhindert effiziente Kontrolle

**Zu langsam** ist die Lebensmittelkontrolle, die in Bürokratie erstickt. In Niederösterreich sollen bald vier Landesräte und neun Abteilungen der Landesregierung dafür zuständig sein.

Von unserem Mitarbeiter

KARL VOGD

ST. PÖLTEN. Seit die Umweltschutzorganisation Global 2000 im Februar hohe Pestizidrückstände in spanischen Paprika entdeckt hat, vergeht kaum eine Woche ohne neue Horrormeldungen über Gift in Obst und Gemüse.

Die Arbeiterkammer in Tirol ließ Salat und Paprika auf Pestizide durchforsten. Prompt wurden Rückstände des in Österreich verbotenen Spritzmittels Dichloran entdeckt. In Kärnten wurde der für Gesundheit zuständige Landesrat Peter Ambrozy (SP) aktiv, als Proben drastische Grenzwertüberschreitung ergaben: In fünf der 22 Proben wurde der zulässige Pestizid-Höchstwert sogar um das Fünffache überschritten. In Graz ist ein Importeur sogar dazu übergegangen, selber Proben in Auftrag zu geben, ehe er die Paprika an die Supermärkte verkauft. Kein Vertrauen in die staatlichen Kontrollen?

„Zuviel Bürokratie“, sagen die Experten in Niederösterreich. Die Lebensmittelkontrolle liegt in Österreich in Händen des Gesundheitsministeriums, wird aber von den Ländern wahrgenommen. „Wir ziehen Proben und schicken sie zur Auswertung an die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Wien“, erläutert Ernst Neuschwandtner, Chef der Abteilung für Lebensmittelkontrolle des Landes.

In Wien benötigt man zwei Wochen für die Analyse. Die Ergebnisse der Analyse werden ans Gesundheitsministerium geschickt und dann weitergeleitet. Irgendwann erfahren die Lebensmittel-Kontrolloren in St. Pölten, ob die überprüften Gurken, Äpfel und Paradeiser bedenklich sind. „Meist dauert das zwei bis drei Monate“, sagt Neuschwandtner. So sind etwa noch immer nicht alle Ergebnisse der im Jahr 2001 ausgewerteten Proben des Pestizid-Monitorings übermittelt worden.

Dementsprechend veraltet sind die vom Gesundheitsministerium präsentierten Ergebnisse über Spritzmittelrückstände in Obst und Gemüse. Momentan sei man dabei, die Tests aus dem Jahr 2000 für die Veröffentlichung vorzubereiten, heißt es im Ministerium. Aktu-

elleres könne man dem Konsumenten leider nicht anbieten.

Aber nicht nur der Konsument wartet lange auf Informationen. Viel Zeit vergeht auch, bis es zu Sanktionen kommt. „Solche Verfahren können sich über Jahre hinziehen und gehen meist aus wie das Hornberger Schießen. Am Ende muß irgendjemand ein paar hundert Euro Strafe zahlen. Und das war es dann auch“, erzählt Ernst Neuschwandtner.

### „Amtsverschwiegenheit“

Von derartigen Verfahren erfährt der Konsument nichts. „Amtsverschwiegenheit“, heißt das Zauberwort. „Wir wissen viel und dürfen es nicht sagen“, sagt ein Insider aus dem Bereich der Lebensmittelkontrolle. So werde verhindert, daß die Öffentlichkeit rechtzeitig von Problemen bei bestimmten Lebensmitteln erfährt.

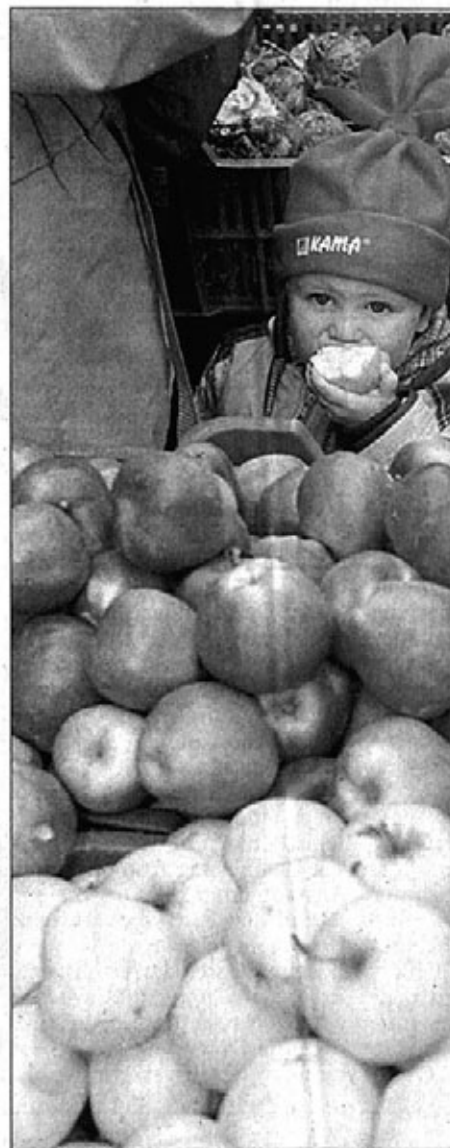
„Man sollte die Ergebnisse der Prüfungen für die Konsumenten leicht und schnell zugänglich machen. Und man sollte auch nennen dürfen, wo die belasteten Proben gezogen wurden. Dann könnte der Konsument selber entscheiden“, sagt Klaus Kastenhofer, der Pestizid-Experte von Global 2000. In Großbritannien sei das bereits der Fall.

Auch Udo Pollmer, deutscher Lebensmittelchemiker

und Buchautor, hält die bestehenden Kontrollen für unbrauchbar. „Die Politiker haben überhaupt kein Interesse an einer adäquaten Kontrolle. Mit Überprüfungen soll allenfalls nachgewiesen werden, daß nur die aus dem Ausland importierten Lebensmittel problematisch seien. Es wird suggeriert, die im eigenen Land hergestellten Nahrungsmittel seien einwandfrei.“

Die in Österreich geschaffene Agentur für Ernährung, die im Juni ihren Betrieb aufnehmen soll, wird von den Kritikern als Chance gesehen, weil damit tatsächlich Kompetenzen gebündelt werden. Damit könne schneller und zielgerichteter gehandelt werden. „Negativ ist aber, daß die Landwirtschaft in der Agentur sehr viel mitzureden hat und daß ein wesentliches Kriterium, die Transparenz, nicht verwirklicht worden ist“, so Kastenhofer.

Apropos Vereinfachung und gebündelter Kompetenz. Niederösterreich geht einen anderen Weg. ÖVP und SPÖ wollen einen „Ständigen Ausschuss für Lebensmittelkontrolle“ schaffen. Vier Mitglieder der Landesregierung und neun Abteilungen des Landes sollen in Zukunft für die Lebensmittelkontrolle zuständig sein . . .



**Frisch, saftig, giftig?** Obst und Gemüse langsam kontrolliert, kritisieren Experten